

## VEEK Hamburg 10.11.22

Matthias Rogg

### **„Bedingt verteidigungsbereit?“ - Warum Deutschland dringend einen sicherheitspolitischen Diskurs braucht**

#### **1. Die Bundeswehr, das ungeliebte Findelkind**

Es sind unruhige und ungemütliche Zeiten. Wenn Historiker später einmal auf die Zeit zurückblicken, in der wir gerade leben, dann werden sie diese mit hoher Wahrscheinlichkeit als Zäsur beschreiben. Die Veränderungen sind teilweise dramatisch. Viele als unverbrüchlich geltende Gewissheiten sind verloren gegangen. Digitalisierung, Globalisierung, demographischer Wandel, die Veränderung unserer Arbeitsprozesse und der Klimawandel setzen die Gesellschaften unter Druck und führen zu Beschleunigungsprozessen, die viele überfordern - und die deshalb auch kluges politisches Handeln so schwer machen. Vielleicht als Folge, aber sicher als Verstärker dieser Prozesse geraten die politischen Ordnungssysteme zunehmend unter Druck. Vieles, von dem man glaubte, es würde sich schon irgendwie richten, es funktioniere ja und sei am Ende nicht so wichtig, entpuppt sich scheinbar über Nacht als relevant: als systemrelevant. So erging es uns vor fast drei Jahren beim Ausbruch der Corona Pandemie:

- als wir merkten, wie verwundbar unsere Gesellschaft ist,
- wie fahrlässig unsere Vorsorge war,
- wie wenig wir auf den kleinen Kreis von Fachleuten gehört haben, die ähnliche Szenarien relativ präzise prognostizierten<sup>1</sup>.

Auf dem Höhepunkt der ersten Welle der Pandemie hörte man nicht wenige Stimmen die forderten, wir müssten zukünftig Sicherheit als komplexes System begreifen, innere und äußere Sicherheit als Ganzes betrachten, wir sollten Bedrohungslagen besser antizipieren, unsere Resilienzfähigkeit stärken, alle Schritte im Verbund mit den internationalen Partnern enger abzustimmen und nicht zuletzt: wir sollten den Fachleuten und der Wissenschaft schon im Vorfeld mehr Gehör schenken<sup>2</sup>. Historiker lernen gleich zu Beginn ihres Studiums, dass sich Geschichte nicht wiederholt. Aber bestimmte Muster können sich hartnäckig halten. Vergleicht man die Erfahrungen der Pandemie mit dem, was uns alle seit dem 24. Februar 2022 beschäftigt, dann müssen wir feststellen, dass sich die Schemata in erschreckender Weise ähneln:

- auch hier wurde uns erst mitten in der Krise bewußt, wie komplex Sicherheitsstrukturen sind,
- dass wir die Bedrohung hätten viel besser antizipieren müssen,
- dass es uns an Resistenz- und Resilienzfähigkeit mangelt,
- dass die Kommunikation mit unseren internationalen Partnern eine entscheidende Rolle spielt,
- und dass man die warnenden Stimmen der Fachleute im Vorfeld einfach ignoriert hatte.

---

<sup>1</sup> Zu diesem sensiblen Punkt vgl. Matthias Rogg, COVID-19 – die Pandemie und ihre Auswirkungen auf die Sicherheitspolitik, #GIDSstatement 1/2020, Hamburg, [https://gids-hamburg.de/wp-content/uploads/2020/04/GIDSstatement2020\\_1\\_Rogg\\_COVID19.pdf](https://gids-hamburg.de/wp-content/uploads/2020/04/GIDSstatement2020_1_Rogg_COVID19.pdf)

<sup>2</sup> ebd. S. 8-9.

Wir haben es in unserem Land mit einem strukturellen Problem zu tun: Einer durch Geschichte, Kultur und Mentalität geprägten Sichtweise, die über Jahrzehnte eingeübt hat, vieles an den Rand zu drängen, was unsere nationale Sicherheit betrifft. Das sind:

- ganz allgemein Fragen der Sicherheit, vor allem der Verteidigungs-, Militär- und Rüstungspolitik,
- ganz konkret unsere Stellung in der NATO, unser Verhältnis zu den USA und die Bedeutung der nuklearen Teilhabe,
- und nicht zuletzt sind es der Auftrag und der Zustand unserer Streitkräfte und deren Rolle als politisches Instrument.

Dieser Befund offenbart sich an vielen Stellen, beispielhaft an dem was ich die „Strategie der Strategielosigkeit“ nennen möchte: dem Fehlen einer klar erkennbaren strategischen Agenda und der damit verbunden, allenfalls vagen Benennung deutscher sicherheitspolitischer Interessen. Diese Unschärfe zeigt sich unter anderem im Umgang unserer Gesellschaft mit der Bundeswehr, die viele nicht als „ihre Bundeswehr“ bezeichnen sondern „die Armee“ oder „die Streitkräfte“. Darin wird kein unfreundliches oder ablehnendes Verhältnis sichtbar, aber eine Beziehung, die der ehemalige Bundespräsident Horst Köhler treffend und fast schon sprichwörtlich mit „freundlichem Desinteresse“ umschrieben hat.

Der Bundeswehr geht es da ähnlich wie den großen Kirchen: viele Bürger haben kein Problem, dass es sie gibt; aber sie wissen herzlich wenig über den Sinn, den Zweck und die gesellschaftliche Bedeutung dieser Institutionen: weil es sie einfach nicht interessiert. Ihre Wahrnehmung ist oft von traditionellen, antiquierten Bildern und nicht von persönlicher Kenntnis geprägt. Nur bei Skandalen nimmt die Aufmerksamkeit sprunghaft zu, und dann kommt es nicht selten zu vorschnellen Pauschalurteilen. Persönliche Kontakte können nachweislich Vorurteile abbauen. Doch davon machen zu wenig Menschen Gebrauch: nicht zuletzt, weil sie das Thema einfach nicht interessiert.

## **2. Blick nach innen: das Bild der Bundeswehr in der Gesellschaft**

Warum sich die bundesdeutsche Gesellschaft mit allem Militärischen so schwer tut hat tief gehende historische, kulturelle und mentalitätsgeschichtliche Ursachen. Kein Land in Europa blickt auf eine Geschichte zurück, die im 20. Jahrhundert so stark mit den Ursachen und Folgen von Krieg, Gewalt und Militarismus verknüpft ist, wie die unsere. Schlaglichtartig stehen dafür:

- zwei Diktaturen (die NS-Diktatur und das SED-Regime), deren Macht sich wesentlich auf eine militarisierte Gesellschaft stützte,
- zwei Revolutionserfahrungen, die eine, 1918/18 blutig und nicht erfolgreich, die andere 1989/90 unblutig und erfolgreich,
- zwei Weltkriege, die von deutschem Boden ausgegangen sind (der Erste in großer Mitschuld Deutschlands, der Zweite in der Alleinschuld),
- und schließlich der Zweite Weltkrieg selbst, der von Anfang an als rasseideologischer Krieg angelegt war und mit dem Holocaust den Tiefpunkt der menschlichen Zivilisation markiert.

Diese gewaltverdichteten Erfahrungen zweier Generationen haben die deutsche Gesellschaft, unabhängig von politischen Systemen, in der zweiten Hälfte des 20.

Jahrhunderts extrem geprägt. Die heftigen Widerstände gegen eine Wiederbewaffnung kann man vor diesem Hintergrund verstehen.

„*Wer noch einmal das Gewehr in die Hand nehmen will, dem soll die Hand abfaulen*“<sup>3</sup>. Dieses Zitat stammt nicht von einem Radikalpazifisten sondern von keinem geringeren als Franz Josef Strauß aus dem Jahr 1949. Nur wenige Jahre später wurde er der zweite Verteidigungsminister der jungen Bundesrepublik Deutschland. Ähnlich wie Strauß hatten große Teile der westdeutschen Gesellschaft ihre Meinung binnen weniger Jahre geändert<sup>4</sup>. Ähnlich wie heute waren es auch damals disruptive Veränderungen in der Welt, die vielen die Augen öffneten und zu einem Umdenken bewegten:

- Die aggressive Außenpolitik der Sowjetunion,
- der Korea-Krieg,
- die blutige Niederschlagung des Aufstands am 17. Juni 1953 in der DDR,
- und nicht zuletzt eine kommunistische Ideologie, die zu keinem Kompromiss und vor allem nicht zum Machtverzicht bereit war.

Dass die Bundesrepublik unter diesen Umständen den Weg nach Westen suchte war kein Wunder. Die Mitgliedschaft in der NATO und die Aufstellung eigener Streitkräfte waren der Preis, den das freie Deutschland damals zu zahlen hatte. Und zugleich war dies die Voraussetzung für die Integration der Bundesrepublik in die westliche Staatengemeinschaft und darüber hinaus der Garant für die Entwicklung und Sicherung von Frieden, Recht und Freiheit. Trotz dieses politischen Rationalis war die Bundeswehr ein Findelkind der Bundesrepublik: nicht geplant, anfangs nicht gewünscht und erst mit der Zeit toleriert und in gewisser Weise akzeptiert — ohne allerdings wirklich geliebt zu werden<sup>5</sup>. Aus vielerlei Gründen bekam die Bundeswehr mit der Zeit ein positiveres Image. Die Wehrpflicht und die damit verbundene Verschränkung der Streitkräfte mit der zivilen Gesellschaft spielte eine wichtige Rolle. Der Einsatz der Bundeswehr bei der Hamburger Sturmflut 1962 darf nicht unterschätzt werden. Und eine ganz besondere, vielleicht sogar die wichtigste Rolle, spielte das Selbstverständnis der westdeutschen Streitkräfte: Das Konzept der Inneren Führung mit dem Leitbild des „Staatsbürgers in Uniform“, der sein Handeln an den Normen und Werten des Grundgesetzes ausrichtet.

Dennoch blieb das Verhältnis zwischen den zivilen Bürgern und den Staatsbürgern in Uniform ambivalent. In den 70er Jahren beschleunigte sich der Prozess, als das Bedrohungsgefühl durch die atomare Aufrüstung sprunghaft zunahm und der so genannte „Individualisierungsprozess“, gerade bei jungen Menschen, die postmaterialistische Selbstverwirklichung immer stärker ins Zentrum rückte<sup>6</sup>.

---

<sup>3</sup> Zur Kontextualisierung des Zitats, vgl. das ausführliche Interview von Günter Gaus mit Franz Josef Strauß (29.04.1964): [https://www.rbb-online.de/zurperson/interview\\_archiv/strauss\\_franz\\_josef.html](https://www.rbb-online.de/zurperson/interview_archiv/strauss_franz_josef.html)

<sup>4</sup> Vgl. Jörg Echternkamp, Soldaten im Nachkrieg. Historische Deutungskonflikte und westdeutsche Demokratisierung 1945-1955, München 2014.

<sup>5</sup> Zum Sprachbild des „Findelkinds“ vgl. Matthias Rogg, Kompass Militärgeschichte. Ein historischer Überblick für Einsteiger, 3. Aufl. 2017, S. 208 ff.

<sup>6</sup> Vgl. den vorzüglichen, multiperspektivischen und quellengesättigten Sammelband: Militär und Gesellschaft in Ost- und Westdeutschland 1970-1990, hrsg. von Jörg Echternkamp, Berlin 2021.

Dieser Befund spiegelt sich in zahlreichen repräsentativen Meinungsbefragungen<sup>7</sup>. Mitte der 80er Jahre sagten über 80% der Bundesbürger, die Bundeswehr mache durch ihre Existenz den Frieden sicherer. Gleichzeitig lehnten zwei Drittel die atomare Nachrüstung ab. Etwa 40% sprachen sich für Einsparungen im Verteidigungshaushalt aus. Besonders schwach ausgeprägt war die individuelle Wehrbereitschaft, denn nur knapp 20% waren damals bereit, selbst mit der Waffe in der Hand ihr Land zu verteidigen. Mit dem Ende des Kalten Krieges wurde schnell die Forderung nach einer „Friedensdividende“ laut und es änderten sich zeitgleich die Zustimmungen zur Wehrform: Vor 1989/90 sprach sich noch eine deutliche Mehrheit für die Wehrpflicht aus, ab den 90er Jahren präferierten die meisten Befragten eindeutig eine Berufsarmee.

Der empirische Befund ist in den letzten Jahrzehnten noch valider geworden. Seit Mitte der 90er Jahre verfügen wir mit der jährlichen Bevölkerungsbefragung zur Sicherheitspolitik und zur Bundeswehr über ein noch zuverlässigeres Meinungsbild. Auch wenn manche diese Vermutung immer wieder artikulieren tut sich demnach zwischen Bundeswehr und Gesellschaft keinen Graben auf, im Gegenteil - aber es gibt auch keine Verzahnung. In allen Befragungen zeigt sich eine überraschend hohe Zustimmung zur „Institution Bundeswehr“, die stabil über 80% liegt. Für eine staatliche Institution ist das eigentlich ein ausgezeichneter Wert. Aber bei all diesen Meinungsbefragungen und Stimmungsbildern zeigt sich in allen Fragen der Sicherheits- und Verteidigungspolitik ein deutlicher Hang zur Nabelschau: ein konzentrierter, fast reduzierter Blick auf Deutschland, und allenfalls ein Seitenblick auf die Nachbarn oder gar die Welt. Dieser fokussierte Blick auf uns selbst wird uns gleich noch an mehreren Stellen begegnen.

Noch 2020 bewerteten die meisten Bundesbürger ihre persönliche und nationale Sicherheitslage als gut<sup>8</sup>. Die weltweite Sicherheitslage wurde primär mit der Wahrnehmung ökologischer und ökonomischer Risiken assoziiert (Stichwort Klimakrise und Inflation). Nur 40 % meinten, der Bund müsste mehr für Verteidigung ausgeben. Eine Mehrheit der Befragten sprach sich 2020 für eine aktivere Außen- und Sicherheitspolitik aus, aber dies nur in Form von Friedens- und Stabilisierungsmissionen und nicht in Form möglicher Kampfeinsätze.

Die jüngste Bevölkerungsbefragung, die im Mai diesen Jahres erhoben und auf deren Basis eine umfangreiche Studie Ende September vorgestellt wurde zeigt, dass die Zustimmungswerte zur Bundeswehr noch einmal gewachsen sind auf nunmehr 88%: ein Spitzenwert<sup>9</sup>. Der Anteil der Menschen, die sich von einem Krieg persönlich bedroht fühlen, ist in einem Jahr von 15 auf 45 % angewachsen und fast 60% wünschen sich jetzt eine Erhöhung der Verteidigungsausgaben. Ein „*strategischer Kulturwandel*“<sup>10</sup>, so die Autoren der Studie, lasse sich daraus allerdings nicht ableiten. Denn weiterhin hat sich die Bereitschaft zur Anwendung von Waffen kaum verändert. Nach wie vor lehnt ein Großteil

---

<sup>7</sup> Zu den Meinungsbefragungen konzis: Paul Klein, Die Akzeptanz der Bundeswehr in der deutschen Bevölkerung im späten 20. Jahrhundert, in: Entschieden für Frieden. 50 Jahre Bundeswehr 1955 bis 2005, hrsg. von Klaus-Jürgen Bremm, Hans-Hubertus Mack und Martin Rink, Freiburg 2005, S. 471-482.

<sup>8</sup> <https://zms.bundeswehr.de/de/zmsbw-publikation-forschungsberichte-bevoelkerungsbefragung-2020-5323818>

<sup>9</sup> <https://www.bundeswehr.de/de/aktuelles/meldungen/bundeswehr-rueckhalt-bevoelkerung-aber-informationionsbedarf-5510312>

<sup>10</sup> <https://www.bundeswehr.de/resource/blob/5510318/27bc160b1e7b392547290d059049bd20/download-bevoelkerungsbefragung-data.pdf>, hier: S. 25.

der Bevölkerung Kampfeinsätze der Bundeswehr ab. Das deckt sich auch mit einer Befragung des Gallup Instituts von 2017, die weltweit die Bereitschaft ermittelte, das eigene Land verteidigen zu wollen. In Deutschland waren dazu nur 18% Prozent bereit, das ist der drittletzte Platz unter allen Nationen.<sup>11</sup> Experten gehen davon aus, dass sich dieser Wert auch in jüngster Zeit nicht signifikant verändert hat. Fasst man die Stimmung in unserem Land zusammen, dann zeigen sich in jüngster Zeit Veränderungen in der Wahrnehmung:

- die Angst vor einem Krieg, auch direkt bei uns, ist gewachsen,
- die aggressive russische Politik wird erkannt (im Westen deutlich stärker als im Ost),
- die Verteidigungsausgaben sollen erhöht werden,
- das Ansehen der Bundeswehr ist extrem hoch.

Allerdings ist kaum jemand bereit, persönliche Konsequenzen zu übernehmen. Trotz einer dramatisch veränderten Sicherheitslage, stagniert die Bewerberlage bei der Bundeswehr. Weiterhin sind über 20.000 Dienstposten nicht besetzt, obwohl die Bundeswehr durchaus als attraktiver Arbeitgeber anerkannt wird. Der Wunsch vieler Menschen in unserem Land, das Rad der dramatischen Veränderungen zurückzudrehen, ist dabei unverkennbar. So lässt eine von der Körber Stiftung beauftragte Umfrage vom August diesen Jahres aufhorchen. Danach wünschen sich die Bundesbürger wieder mehr internationale Zurückhaltung und mehr als zwei Drittel lehnen eine militärische Führungsrolle Deutschlands in Europa ab. Die meisten Deutschen halten die derzeitige Situation für einen Ausnahmezustand und glauben, man könne in absehbarer Zeit wieder zu den Verhältnissen wie vor einem Jahr zurückkehren<sup>12</sup>.

Das alte Credo aus Zeiten des Kalten Kriegs scheint sich verfestigt zu haben: „kämpfen können um nicht kämpfen zu müssen.“<sup>13</sup> Dieser Satz offenbart aber eine eklatante Lücke, nämlich die „kämpfen zu wollen.“ Mit Blick auf die Professionalität der Bundeswehr in den zurückliegenden Einsätzen besteht kein Zweifel, dass unsere Soldatinnen und Soldaten, wenn es gefordert ist, einen exzellenten Job machen. Dies schließt ausdrücklich Professionalität im Kampfeinsatz ein. Aber genau an diesem entscheidenden Punkt gibt es keinen hinreichenden gesellschaftlichen Konsens. Das ist einer der vielen Gründe, warum wir dringend einen sicherheitspolitischen Diskurs in unserem Land brauchen und uns dabei über die Rolle und den Charakter von Streitkräften in Klaren werden müssen. Wie steht die deutsche Gesellschaft zum „*scharfen Ende des Schwertes*“, zu Kampfeinsätzen, zum Töten und zu eigenen Opfern? Diesen Diskussionen gehen wir weiter aus dem Weg - aber sie wären dringend nötig, um uns ehrlich zu machen und glaubwürdiger, als sicherheitspolitischer Akteur.

---

<sup>11</sup> WIN/ Gallup International's Global Survey Shows Three in Five Willing to Fight for Their Country, [https://www.reddit.com/r/europe/comments/39dqfw/would\\_you\\_be\\_willing\\_to\\_fight\\_for\\_your\\_country/](https://www.reddit.com/r/europe/comments/39dqfw/would_you_be_willing_to_fight_for_your_country/) - Der Durchschnitt in Westeuropa beträgt insgesamt nur 25%.

<sup>12</sup> Vgl. Neue Zürcher Zeitung vom 10.10.22

<sup>13</sup> VI. John Zimmermann, Ulrich de Maizière. General der Bonner Republik 1912 bis 2006, München 2012, S. 491.

### 3. Sicherheitspolitische Fehler der Vergangenheit

Zum Ehrlich machen gehört auch zu erkennen, dass wir erstens sicherheitspolitische Fehler gemacht haben, dass sich zweitens die Weltlage geändert hat und dass wir drittens beginnen müssen eine strategische Kultur zu entwickeln.

#### a. Verhältnis zu Russland

Die bereits angedeuteten Fehler und Defizite zeichneten sich, ich sagte es schon, über Jahre, wenn nicht Jahrzehnte ab. Da ist zum Einen die deutsche Russlandpolitik, die man ohne Übertreibung als Scherbenhaufen beschreiben kann. Dass daraus nicht ein Scherbengericht geworden ist hat vor allem damit zu tun, dass sich falsche Annahmen und Blauäugigkeit durch die ganze Gesellschaft, alle politischen Kräfte und Teile unserer Medienlandschaft ziehen. Die selbstkritische Aufarbeitung hat indes begonnen. Mit bemerkenswerter Klarheit hat der SPD-Vorsitzende Lars Klingbeil vor Kurzem gesagt: *„Die Aussage, dass es Sicherheit und Stabilität in Europa nicht gegen, sondern nur mit Russland geben kann; dieser Satz hat keinen Bestand mehr. Heute geht es darum, Sicherheit vor Russland zu organisieren.“*<sup>14</sup>

Aber warum kommen wir erst so spät zu dieser Erkenntnis? Spätestens 2014 hat die russische Politik gezeigt, dass sie nicht gewillt ist, sich an die regelbasierte Ordnung zu halten. Die völkerrechtswidrige Annektion der Krim, die offenkundige Unterdrückung der Opposition im eigenen Land, die brutale Kriegführung in Syrien, Giftmordanschläge im In- und Ausland, Cyberattacken auf bundesdeutsche Einrichtungen wie den Bundestag: was mußte eigentlich noch passieren damit deutlich wurde, dass diese russische Regierung jegliches Vertrauen aufgebraucht hatte?

#### b. Energiepolitik

In direktem Zusammenhang damit steht unsere Energiepolitik. Die Deutsche Politik hat über Jahrzehnte die Privatisierung des Energiemarktes massiv gefördert und wir alle, Privatkunden und Wirtschaft, haben von vergleichsweise niedrigen Energiekosten profitiert. Nicht zuletzt deshalb haben viele in Nord Stream II noch bis vor kurzem ein „rein privatwirtschaftliches Vorhaben“ gesehen. Umso größer war der Schock, als wir erkennen mußten, wie einseitig und wie abhängig unsere Energieversorgung aufgebaut war, wie wenig strategisch hier gedacht hatten und dass kaum Vorsorge getroffen wurde. Die erschreckend niedrigen Füllstände unserer Gasspeicher zu Beginn des Ukrainekrieges stehen beispielhaft dafür.

Die Erkenntnis, dass die Verfügbarkeit von Ressourcen ein zentraler Faktor jeder strategischen Planung sein muß, scheint sich jetzt langsam durchzusetzen. Sie darf allerdings nicht bei Energie und Nahrungsmitteln stehen bleiben, sondern betrifft selbstverständlich auch andere sensible Produktionen und Lieferketten, genauso wie Logistik und Kommunikation. So langsam dämmert es uns, wie sehr wir von Pipelines und Seekabeln abhängig sind, wie leicht diese zu zerstören sind und dass man zu deren

---

<sup>14</sup> Lars Klingbeil, 18.10.22 „Zeitenwende: Sicherheit und Frieden in Europa“, <https://www.spd.de/aktuelles/detail/news/zeitenwende-sicherheit-und-frieden-in-europa/19/10/2022/>; zur selbstkritischen Auseinandersetzung zahlreicher namhafter CDU-Politiker vgl. Zeitenwende? Zur sicherheitspolitischen Debatte, in: Die Politische Meinung, Nr. 567, 67. Jahrgang, September/Oktober 2022, passim.

Schutz maritime Aufklärungs- und Sicherungskräfte braucht: ohne Marine geht geht so etwas nicht!<sup>15</sup>

### c. Partner und Verbündete

Unser Hang zur Nabelschau zeigt sich auch, wie wir auf der internationalen Bühne mit unseren wichtigsten Partnern und Verbündeten umgehen. Viele in Deutschland fremdeln nicht nur mit der Bundeswehr sondern auch mit der NATO und den USA. Eine Dämonisierung Amerikas beobachten wir nicht nur an den politischen Rändern und im Osten unseres Landes<sup>16</sup>. Dabei steht Deutschlands sicherheitspolitische Architektur auf einem euroatlantischen Fundament. Unseren osteuropäischen Verbündeten, vor allem Polen und den Baltischen Staaten, haben wir nicht wirklich zugehört, wenn es um deren Ängste vor einer zunehmend aggressiven russischen Politik ging.

Und nicht nur bei ihnen sondern auch den USA gegenüber haben wir massiv an Glaubwürdigkeit verloren, wenn es um die 2014 getroffene Zusage geht, 2% des Bruttoinlandsproduktes für Verteidigung auszugeben. Erst 8 Jahre später, im Angesicht des Überfalls auf die Ukraine haben wir überzeugend reagiert. Es ist wohlfeil darauf hinzuweisen, dass Deutschland als Softpower auch jenseits der 2% Marke ein großes entwicklungspolitisches Engagement zeigt. Und man kann auch mit guten Gründen fragen, ob wir statt über 2% des BIP besser über Fähigkeiten der Bundeswehr reden sollten. Aber unstrittig sind zwei Dinge: nämlich dass die Bundesrepublik während des Kalten Krieges ohne weiteres bereit war mehr als 3% ihres jährlichen BIP für Verteidigung auszugeben (also mehr als doppelt so viel wie aktuell) und dass wir damals als außerordentlich zuverlässiger Partner im Bündnis galten: mit einer Bundeswehr, die einen exzellenten Ruf genoss<sup>17</sup>.

Man muß kein sicherheitspolitischer Experte sein um zu erahnen, dass unser internationales Ansehen stark gelitten hat. Das betrifft auch die teilweise verstörenden Diskussionen über die so genannte Nukleare Teilhabe. Unabhängig davon, dass Deutschland ein vitales Interesse an der Mitarbeit in der nuklearen Planungsgruppe der NATO hat und dass eine Absage an die nukleare Teilhabe unsere osteuropäischen Verbündeten komplett vor den Kopf stoßen würde zeigt sich gerade in diesen Tagen, wie existentiell notwendig der nukleare Schutzschirm für das gesamte Bündnis ist. In diesem Kreis muß man niemand erklären, wie wichtig Vertrauen ist um langfristige Abkommen zu schließen und Folgeaufträge zu sichern — unabhängig davon, dass es am Ende um Interessen und Bilanzen geht. Was für Unternehmen gilt, gilt grundsätzlich auch für Staaten. Wer verantwortliches, berechenbares Handeln nur selektiv definiert, der ist nicht berechenbar und nicht glaubwürdig und wird es schwer haben, strategische Bündnisse zu schließen, deren Kitt eine Mischung aus Interessen und Vertrauen ist. Für eine glaubwürdige Außen- und

---

<sup>15</sup> Auf den Punkt gebracht im Podcast „This means war“, in dem Peter Roberts mit Alessio Patalano über die maritimen Folgen des Ukraine Kriegs spricht:  
<https://podcasts.apple.com/de/podcast/this-means-war/id1629454648?i=1000585749249>

<sup>16</sup> Vgl. Die Ergebnisse einer Forsa-Umfrage vom Sommer diesen Jahres:  
<https://www.hna.de/politik/umfrage-so-sehr-vertrauen-die-deutschland-usa-forsa-meinung-forschung-zr-91750423.html>

<sup>17</sup> Vgl. in internationaler Perspektive: Hubertus Bardt, Deutsche Verteidigungsausgaben seit dem Ende des Kalten Krieges, in: Ökonomische Trends, 98 Jahrgang, 2018, Heft 9, S. 680-682  
<https://www.wirtschaftsdienst.eu/inhalt/jahr/2018/heft/9/beitrag/deutsche-verteidigungsausgaben-seit-dem-ende-des-kalten-krieges.html>

Sicherheitspolitik sind professionelle Streitkräfte, das ist denke ich deutlich geworden, nicht alles, aber ohne sie ist alles nichts.

#### **d. Das „Kaputtsparen“ der Bundeswehr**

Kommendes Jahr gehe ich in mein 40. Dienstjahr. Meine Erfahrungen mit der Bundeswehr reichen aber viel weiter zurück. Mein Vater gehörte zu den ersten 1000 Freiwilligen der Bundeswehr: ein Westberliner, der 1955 aus freien Stücken beschloss Soldat zu werden. Ich bin als Kind mit der Bundeswehr groß geworden, insgesamt in meinem Leben, wenn ich mich nicht verzählt habe, siebzehn Mal umgezogen und die Bundeswehr ist, auch aus diesem Grund, für mich mehr als nur Teil meines beruflichen Lebens. Gerade deshalb bin ich erschüttert zu sehen, wie weit wir in den letzten Jahrzehnten abgewirtschaftet haben. Der Stand der Ausbildung ist nach wie vor hoch, der Spirit ist erstklassig und unabhängig von einzelnen Entgleisungen: Die Truppe steht felsenfest auf dem Boden der freiheitlich demokratischen Grundordnung! Wer sich die Mühe macht mit Soldatinnen und Soldaten ins Gespräch zu kommen, der begegnet auf allen Führungsebenen Menschen mit hohem Berufsethos, ausgeprägtem Verantwortungsgefühl für ihren Auftrag und persönlicher Integrität. Aber das systematische „Kaputtsparen“ der Truppe, das Aufbrauchen unserer Reserven und der jahrzehntelange Investitionsstau haben nicht dazu beigetragen, das Selbstvertrauen zu stärken. Ähnlich wie in anderen Bereichen unserer Sicherheitspolitik gab es auch hier genügend warnende Stimmen, zum Beispiel:

- wie problematisch es ist, immer mehr Leistungen privatwirtschaftlich abzusteuern,
- die Lagerbestände bei Material und Munition teilweise gegen Null zu fahren,
- den Übungsbetrieb überall zu verringern und zum Beispiel die Flugstunden für unsere Piloten dramatisch herunterzufahren,
- mit der Neueinführung notwendiger moderner Technik zu lange zu warten,
- und Beschaffungsprojekte unerträglich in die Länge zu ziehen, so dass Produkte am Ende zu spät kommen, zu teuer sind und die notwendigen Stückzahlen oft nicht erfüllt werden.

Zugleich haben wir die Organisationsstrukturen grundlegend verändert. Seit den späten 90er Jahren konzentrierte sich alles auf Auslandseinsätze und Stabilisierungsmissionen. Die Landes- und Bündnisverteidigung trat dabei völlig nach hinten. Bewährte Strukturen wurden dabei teilweise ersatzlos aufgelöst. Dazu drei Beispiele mit Bezug zu meiner eigenen Berufspraxis.

Die Munitionsbevorratung der Bundeswehr im Kalten Krieg sah eine Durchhaltefähigkeit von mehreren Wochen vor und zwar so lange, bis die Produktion der Industrie auf Kriegswirtschaft umgestellt worden wäre. Die Munitionsdepots waren relativ gut gefüllt und weil Munition auch überlagern kann waren wir gezwungen diese im Umschlagverfahren zu verschießen. Ich selbst habe anfangs als Richtschütze und dann als Kommandant in verschiedenen Verwendungen auf unterschiedlichen Panzertypen mehr als 1000 Schuß mit dem Panzer abgegeben und durch Praxis gelernt, mein Waffensystem zu beherrschen. Diese, aus meiner Sicht notwendige Praxis, haben meine jungen Kameraden in den Panzerkompanien heute nicht mehr. Gemäß den von uns mitgetragenen NATO-Standards müßten wir heute eigentlich Munition für einen Monat bevorraten. Tatsächlich reichen



unsere Bestände allenfalls wenige Tage<sup>18</sup>. Um die Munitionsvorräte für alle Waffensysteme heute wieder angemessen aufzufüllen, müßten wir nach Expertenmeinung ca. 20 Milliarden Euro investieren. Das erklärt, warum das Volumen des Sondervermögens Bundeswehr mit 100 Milliarden Euro nicht in der Lage sein wird, alle Probleme zu lösen<sup>19</sup>.

Ein weiteres Beispiel ist die Verlegefähigkeit. Panzer sind nicht dafür konstruiert um mit ihnen über hunderte von Kilometern auf der Autobahn zu fahren. Man kann das machen, aber der Verschleiß ist zu hoch, der Kraftstoffverbrauch enorm und ohne eigene Luftüberlegenheit ist das stundenlange Fahren in einer Panzerkolonne ein Himmelfahrtskommando. Also haben wir in Zeiten des Kalten Krieges unsere Panzer mit der Bahn verlegt und zwar auf speziellen Waggons. Das ist nicht einfach und muß intensiv geübt werden. Als Kompaniechef habe ich im Schnitt alle 6 Wochen meine Panzer mit der Bahn verlegt, weil wir in diesem Rhythmus auf Übungsplätzen waren. Aus Übungsgründen haben wir diese Beladungen oft bei Dunkelheit gemacht, nicht nur aus verkehrstechnischen Gründen, sondern auch, um die Rahmenbedingungen zu erschweren. Mein eigener Rekord steht auf 45 Minuten Verladedauer für eine Kampfkompanie mit allen Gefechts- und Unterstützungsfahrzeugen: vom Erreichen des Bahnhofs, über Verladen, dem Sichern mit Ketten und Keilen bis zur Meldung an den Verlademeister der Deutschen Bahn. So etwas erreicht man nur, wenn man es ständig übt und es macht stolz, wenn man es kann. Heute haben wir in Deutschland nur noch sehr wenige Verladewaggons. Das hat zur Folge, dass unsere Planungen für die Verlegung von Kampftruppenteilen zur Sicherung der NATO-Ostflanke nicht mehr überwiegend mit Ketten- sondern mit Radfahrzeugen erfolgt. Dieser Umstand hat unmittelbare Auswirkung auf die Beschaffung von Kampffahrzeugen — unabhängig von der Frage, ob Kettenfahrzeuge in bestimmten Szenarien vielleicht besser geeignet sind als Radfahrzeuge. Wie wichtig die strategische Planung und Fehlplanung auf der Grundlage der Verfügbarkeit einfacher Eisenbahnwaggons ist, sieht man an solchen Fragen - und wir sehen es seit Monaten im Ukraine-krieg.

Ein drittes Beispiel betrifft unsere Liegenschaften und unsere logistische Autarkie. Seit den 90er Jahren hat die Bundeswehr ihre Infrastruktur massiv abgebaut. In der Fläche ist sie nicht mehr präsent. Von den vier Kasernen, in denen ich als Panzeroffizier in Truppenkommandos gedient habe, existiert heute keine mehr. Natürlich war die Reduzierung der Streitkräfte nach dem Ende des Kalten Krieges zwingend notwendig. 375.000 Mann: das war eine klare Auflage im 2 + 4 Vertrag. Als Truppenteile, in den 90er Jahren beginnend, in mehreren Etappen aufgelöst und Kasernen konvertiert wurden hat kaum jemand die Stimme erhoben, ob man vorzügliche Infrastruktur, mit Unterkünften, Küchen- und Sanitätselementen nicht hätte erhalten sollen. Vor allem in städtischer Randlage freuten sich Kommunen und Gewerbetreibende über Gebäude oder Bauland und der Finanzminister ganz besonders über klingelnde Kassen, weil die Verkaufsgewinne direkt in seinen Haushalt flossen.

---

<sup>18</sup> Exemplarisch dazu der ehemalige Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestages und Präsident der Gesellschaft für Sicherheitspolitik Hans-Peter Bartels in einem Interview mit dem NDR (07.09.22): <https://www.ndr.de/nachrichten/info/Bartels-Bundeswehr-hat-momentan-fuer-ein-oder-zwei-Kampf-Tage-Munition,audio1196316.html>; Tobias Heimbach, Munition für maximal zwei Tage Krieg ..., in: Business Insider vom 10.10.22, <https://www.businessinsider.de/politik/deutschland/munition-fuer-maximal-zwei-tage-krieg-bundeswehr-muss-ihre-arsenale-auffuellen-doch-bislang-bestellt-sie-nur-wenig-c/>

<sup>19</sup> Zieht man von den avisierten 100 Milliarden noch die Mehrwertsteuer ab (die auch bei Beschaffungen der Bundeswehr gezahlt werden muß) und rechnet die aktuelle Inflation ein, dann bleiben ohnehin nur etwa zwei Drittel vom Gesamtvolumen des Sondervermögens übrig.

Mit Blick auf die so genannte Friedensdividende diskutierte man hierzulande mehr über Konversionskonzepte und Möglichkeiten der Umnutzung militärischer Liegenschaften als über die Frage, ob man Kasernen nicht auch als Raumreserven vorhalten sollte, zum Beispiel für den Zivilschutz. Aber dem ging es kaum besser als der Bundeswehr. So eine Kasernenanlage ist mehr als eine Ansammlung von Wohnblöcken. Sie verfügt normalerweise über eine Großküche, Speisesäle, ein kleines Sanitätszentrum, Hallen für KFz und Material, Werkstätten zur Instandsetzung, Luftschutzräume, Notstromversorgung und autarke Fernmeldeeinrichtungen und nicht selten über eine eigene Heizversorgung.

Mit der Flüchtlingskrise 2015 dämmerte so langsam, von welchem Tafelsilber sich der Bund seinerzeit getrennt hatte. Und in der Corona-Pandemie merkten wir erneut schmerzlich, wie wichtig es ist, Reserven vorzuhalten, nicht nur bei Infrastruktur und Liegenschaftsmaterial, sondern auch bei Sanitätsmaterial. Im Kalten Krieg verfügte die Bundeswehr nicht nur über zahlreiche Reservelazaretteneinrichtungen, und Sanitätsdepots sondern auch über die Fähigkeit, medizinisches Material und Medikamente selbst herzustellen<sup>20</sup>: all das hätten wir vor zweieinhalb Jahren dringend gebraucht. Erstaunlich ist nicht nur, wie blauäugig wir damals waren und dass langfristige Sicherheitsinteressen und Sicherheitsvorsorge offenbar nur eine nachgeordnete Rolle spielten. Fast noch erschreckender ist, dass es kaum kritische Stimmen gab und wenn, dann wurden diese in den öffentlichen Debatten als „Kalte Krieger“ in der Regel nicht Ernst genommen.

#### **4. Entwickeln einer strategischen Kultur**

Um sich aus dieser komplexen Dilemmasituation zu befreien, reicht kein Befreiungsschlag. Es genügt auch nicht, die alten Strukturen einfach wieder aufzubauen, denn die Rahmenbedingungen haben sich durch demographischen Wandel, Veränderungen des Arbeitsmarktes, Digitalisierung, den Umbau der Bundeswehr zur Berufsarmee, und vieles mehr stark verändert. Was wir tatsächlich zuallererst brauchen ist ein breiter sicherheitspolitischer Diskurs, der sich nicht auf Experten aus Politik, Wissenschaft und Militär beschränken darf. Ein breiter sicherheitspolitischer Diskurs schließt viele gesellschaftlichen Kräfte ein: Wirtschaft und Industrie, Interessenvertreter, Bildungsträger, Gewerkschaften und natürlich auch Gruppen, die tendenziell eher militärkritisch sind, wie zum Beispiel unsere Kirchen. Dieser breite Diskurs ist zwingend notwendig, um so etwas wie eine „strategische Kultur“ zu entwickeln. Der Begriff der strategischen Kultur findet sich bereits prominent bei Carl von Clausewitz vor gut 200 Jahren. Danach sind in Kriegen und Konflikten nicht nur Streitkräfte relevant, sondern auch die Moral von Gesellschaften. Eine strategische Kultur ist fest in der öffentlichen Meinung einer Gesellschaft verankert und genau da müssen wir ansetzen. Es geht nicht darum, durch Propaganda ein homogenes Meinungsbild zu erstellen, sondern durch Aufklärung, durch Wissen und Verständnis die Bürgerinnen und Bürger dazu zu bringen, eine Haltung in sicherheitspolitischen Fragen zu entwickeln. Dabei scheinen mir fünf Aspekte besonders wichtig:

1. Rüstungsfragen müssen von der „Aura der Unanständigkeit“ befreit werden. Deutschland hat eine enorm leistungsfähige Rüstungsindustrie — und wir haben zugleich extrem hohe Hürden beim Rüstungsexport. Beides ist gut und beides muß in

---

<sup>20</sup> Das Dilemma wurde prominent und offen vom Inspekteur des Sanitätsdienstes mehrfach zu Beginn der Corona-Krise angesprochen, Ärzte Zeitung vom 24.04.2022  
<https://www.aerztezeitung.de/Politik/Inspekteur-des-Sanitaetsdienstes-fordert-Eigenherstellung-von-Medizin-408897.html>

einem strategischen Gesamtkonzept, nicht gegensätzlich sondern komplementär gedacht werden.

2. Wir brauchen eine ehrliche Bedrohungsanalyse. Dabei genügt es nicht, das Verhältnis zu Russland rückwirkend zu beklagen und vor China diffus zu warnen. Wir sollten davon ausgehen, dass weitere Schockmomente auf uns zukommen. Das, was wir jetzt als Krise bezeichnen, wird der Normalzustand sein. Trump, Corona, Ukrainekrieg, Energiekrise — wir alle sollten jetzt begriffen haben, dass wir mit dem Unvorhersehbaren, Unberechenbaren rechnen und leben müssen. Dazu gehört auch die Schnittstellen von innerer und äußerer Sicherheit stärker zu beleuchten. Dass Gesundheit dazu gehört versteht heute jeder - dass Kultur auch dazu gehört muß dringend in unsere Köpfe. Wir denken in unseren sicherheitspolitischen Szenarien noch zu analog, zu eindimensional, zu wenig vernetzt und vor allem viel zu wenig kreativ. Interessanterweise markiert das Unvorhersehbare genau den Bereich, vor dem alle autokratischen Systeme die größte Angst haben. Nach der Wiedervereinigung sagte Horst Sindermann, vormals Mitglied des Zentralkomitees der SED über die DDR mit ihrem exorbitanten Sicherheitsapparat: „Wir hatten alles geplant, wir waren auf alles vorbereitet, nur nicht auf Kerzen und Gebete.“
3. Wir müssen unsere Nabelschau beenden. Deutschland braucht seine sicherheitspolitischen Partner - und umgekehrt. Unsere Sicherheitsarchitektur steht auf zwei Pfeilern: einem europäischen und einem atlantischen, die nicht kompetitiv sondern komplementär gedacht und mit Leben gefüllt werden müssen. Die Erwartungen an Deutschland sind klar ausgesprochen: mehr Führung übernehmen! Damit schaffen wir Vertrauen, eröffnen aber auch Spielräume für andere politische Prozesse, von deren Wichtigkeit *wir* überzeugt sind. Wer auf der globalen Bühne als sicherheitspolitisches Mäuschen auftritt kann wenig glaubwürdig in die Rolle des klimapolitischen Riesen schlüpfen.
4. Deutschlands Instrumente zur Durchsetzung von Interessen sind ungleich verteilt. Wir sind stark im Bereich der Softpower (Diplomatie, Entwicklungszusammenarbeit, Wertebindung, Einbindung in internationale Ordnung, Nutzung zivilgesellschaftlicher Kräfte), aber zu schwach bei Hardpower (v.a. Streitkräfte, robust einsetzbare Polizeien für internationale Einsätze). Am wirkungsvollsten sind Smart-Power Strategien, die Soft- und Hardpowerelemente verknüpfen, und die ein flexibleres und weniger berechenbares Agieren ermöglichen. Nur wenn wir uns mit unseren sicherheitspolitischen Instrumenten breiter aufstellen, können wir strategische Ambiguität aufbauen, die es unseren Gegnern schwerer machen, Deutschland auszurechnen und unter Druck zu setzen. Zur Zeit hat man das Gefühl, dass es genau umgekehrt ist: wir sind für unsere Gegner leicht auszurechnen aber nicht für unsere Partner. Hier brauchen wir dringend einen kulturellen Wandel.
5. Wir müssen uns von der bequemen Frage verabschieden, „was kostet Verteidigung und Sicherheit“ und statt dessen fragen: „Was benötigen wir für Verteidigung und Sicherheit?“ Aus dem Bedarf müssen sich das Finanzvolumen und die gesellschaftlichen Anstrengungen ableiten und nicht umgekehrt. Anfang März diesen Jahres hat es der ehemalige Verteidigungsminister Thomas de Maizière auf den Punkt gebracht: „Wir müssen uns angewöhnen, dass Frieden nicht nur Gerede ist sondern einen Preis hat.“ Der Preis für Verteidigung und Sicherheit ist hoch und wer ihn zahlt hat keine Garantie für eine friedlichere und schon gar nicht für eine gerechtere Welt. Aber dieser Preis ist allemal niedriger als die Kosten jedes Krieges, ganz gleich wie lang oder kurz er ist. Es

lohnt sich nicht nur, es ist meines Erachtens zwingend notwendig, dass wir hier mehr investieren.

Die Frage, ob und wie verteidigungsbereit wir sind, darf nicht länger unbeantwortet im Raum stehen. Sicherheitspolitisches Denken gehört auf die politische Agenda. Fangen wir an, eine strategische Kultur zu entwickeln.